

# Dresdner Volkszeitung

Vollständig: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Kontakto: Gehr. Anstalt, Dresden  
und Köpcke'sche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen  
"Nach der Arbeit" und "Voll und Zeit" für einen halben Monat 1 M.  
Eingelnummer 10 Pf.

Schreibzeitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 8 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Normalzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M. für auswärtige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangeben  
40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegung 10 Pf.

Nr. 266

Dresden, Montag den 16. November 1925

36. Jahrg.

## Unfünige Verschwendung

Symptome des Preisabbaues

Eine der wesentlichsten Ursachen unserer Teuerung ist zweifellos die viel zu große Zahl der Unternehmungen in der Industrie und vor allen Dingen auch im Handel. Trifft es doch heute nicht mehr zu, daß gerade durch die große Zahl der Unternehmungen die Konkurrenz besonders scharf würde. Auch dort, wo die Preise nicht von einem Kartell oder einer Kartell festgelegt werden, werden sie doch nur allzuoft durch schleichendes Einverständnis der Geschäftsinhaber hochgehalten. Eine besonders starke Vermehrung der Unternehmungen fand während der Inflationszeit statt, in der jeder Unternehmer aus der Geldentwertung ein Geschäft machte, auf Kredit Waren einkaufte und sie in entwertetem Gelde bezahlte. So manche von diesen Inflationsblumen ist inzwischen verblüht, davon zeugen die zahlreichen Konkurse während der letzten Monate. Trotzdem bringen nur allzu viele noch immer den Mut zur Neugründung von Unternehmungen auf. Im Berliner Handelsregister wurden im Jahre 1924 4354 neue Firmen eingetragen und nur 2269 Firmen gelöscht, also 2085 neue Firmen.

Von welcher volkswirtschaftlichen Verwässerung zeugen doch diese Zahlen. Geschäftsräume, die wir besser zur Bindung der Wohnungsnot brauchen könnten, werden in Anspruch genommen, die nötigen Möbel und das nötige Material wird zur Ausstatung der Geschäftsräume einkaufen, Personal wird engagiert, das zunächst damit beschäftigt wird, für den Betrieb Kunden zu suchen, unter Umständen werden auch neue Gebäude errichtet und neue Maschinen aufgestellt. Und in nur zu zahlreichen Fällen zeigt sich dann, daß das neue Unternehmen keine Existenzberechtigung hat, daß der Inhaber und ein Personal Wochen oder gar Monate lang so auf wie umsonst gearbeitet haben, die angeschafften Maschinen praktisch wertlos sind, weil für ihre Erzeugnisse kein Absatz zu finden ist. Ist es nicht sinnlos, daß ein verarmtes Volk sich derartigen Luxus leistet. Gerade die Vermehrung der Unternehmungen zeigt, wie schwer in der kapitalistischen Gesellschaft eine Rationalisierung des Wirtschaftsapparates möglich ist. In unendlich vielen Kongressen und Konferenzen wird von der Notwendigkeit und der wirtschaftlichen Vereinigung gesprochen. Aber gleichzeitig fällt es irgend einem Müller oder Schulze ein, neben den schon so vielen vorhandenen einen neuen Laden aufzumachen, ohne daß ihn jemand daran hindern kann. Die Folge ist nur allzuoft, daß der Umsatz, der im Durchschnitt auf den einzelnen Betriebsinhaber entfällt, noch geringer wird und die Unternehmer der betreffenden Branche dann „nochweiser können“, daß sie unbedingt zugrunde gehen, wenn sie gespart würden, ihre Preise herabzusetzen.

Im Einzelhandel kann heute von einer die Preise bewirkenden Konkurrenz vielfach schon deswegen keine Rede sein, weil bei den sogenannten Markenartikeln, die in diesen Branchen eine sehr große Rolle spielen, die Preise vom Fabrikanten festgelegt werden, so z. B. bei Zigaretten, Schokolade, Süßwaren usw. Hier kann also die Konkurrenz keinen Druck auf die Preise ausüben. Den Fabrikanten kommt es vor allen Dingen darauf an, zu erreichen, daß möglichst viele Einzelhändler ihre Waren einführen und das suchen sie zu erreichen, indem sie den Händlern möglichst hohen Rabatt gewähren, wofür sie sich natürlich durch eine entsprechende Festsetzung der Verkaufspreise schadlos halten. Bei der Preisabbaufaktion, die man jetzt mit unzureichenden Mitteln durchzuführen sucht, haben sich die mit der Preisabbaufaktion beschäftigten behördlichen Stellen vielfach bemüht, auch bei den Markenartikeln die Aufschläge herabzudrücken. Dabei ist ihnen aber die Ziviljustiz entgegengetreten, die sich auf den Standpunkt stellt, daß die Händler die mit den Fabrikanten vereinbarten Verkaufspreise einhalten zu müssen und auch die Händler wollen vielfach von einer Verringerung der Aufschläge nichts wissen, da sie nun einmal gewohnt sind, ihr Geschäft nach dem Grundloz: kleiner Umsatz, großer Gewinn zu betreiben und sie an der für sie so angenehmen und gewohnten Praxis unbedingt festhalten wollen. Nur allzu dringend wäre es notwendig, daß hier der Preisprüfungsbehörden die nötigen gesetzlichen Mittel in die Hand gegeben werden, um gegen den Käufer bei den Markenartikeln vorzugehen. Es müßte möglich sein, Händler, die Markenartikel verkaufen, von der Verpflichtung, an den festgesetzten Preisen festzuhalten, zu befreien. Einer für diesen Zweck geeigneten Stelle müßte das Recht gegeben werden, die von den Markenartikelfabrikanten festgesetzten Preise zu prüfen und eventuell zu bestimmen, daß die Preisfestsetzungen für den Händler auch dann nicht verbindlich sind, wenn er sich durch besondere Zusätze zur Einhaltung der Preise verpflichtet hat. Darüber, daß über den Preisabbau schon genug geredet und geschrieben worden ist, besteht sicherlich nirgends ein Zweifel. Dringend notwendig wäre es, daß die gesetzlichen Handhaben geschaffen werden, die notwendig sind, wenn auch nur einige Ansätze auf ihren Erfolg der Preisabbaufaktion bestehen soll.

## Vernunftpolitik im Westen

Rückwirkungen von Locarno — Kölner Räumung am 1. Dezember  
Abbau des ganzen Verordnungsregimes — Verminderung der Besatzung

Die Westmächte haben am Sonnabend eine rasche Entscheidung gefällt, die für die Fortführung des Verständigungswerkes von Locarno von wesentlicher Bedeutung ist. Das Abkommen von Locarno blieb in Deutschland gefährdet, wenn die Regierung Luther-Stresemann nicht vor der endgültigen Unterzeichnung in London die versprochenen und erwarteten Rückwirkungen für das Rheinland als leuchtenden Beweis der Fruchtbarkeit der Verständigungspolitik vorführen konnte. Nun waren aber der sofortigen Durchführung von Erleichterungen im Westen eine ganze Anzahl Formalien, Kompetenzen und Voraussetzungen im Wege, so daß sich der Termin endgültiger Beschlüsse von Woche zu Woche hinausschob.

Herr Stresemann flehte die deutsche Delegation an: wartet doch wenigstens bis Mitte November. Er sagte es durch, daß der Reichstagszusammenritt verzögert wurde, vor allem aber drängte er die Regierungsmänner der Entente, doch mit den versprochenen Erleichterungen schleunigst Ernst zu machen. Das hatte endlich Erfolg. Wie es heißt, soll der englische Außenminister Chamberlain ein Nachwort gesprochen haben, worauf die Pariser Völkerversammlung, die in aller Gemütsruhe erst am Montag den letzten formalen Beschluß fassen wollte, sofort noch am Sonnabend abend zusammentrat, um die Beschlüsse zu Papier zu bringen und sie mit Funktionärsbeschlüssen nach Berlin übermitteln zu lassen. Das war die Entscheidung im letzten Moment, denn Luther und Stresemann konnten nun ihren treulosen Deutschnationalen zu ihrem Parteitag in Berlin und zu ihrem Demonstrationstreffen in Prag und zu dem Parteitag der Luther-Stresemannschen Locarno-Politik unter die Nase halten. Die „Demonstration“ verpuffte und verregnete kläglich — und der deutschnationalen Parteitagsbeschlüsse.

Nach einer Berliner Meldung haben die deutschnationalen Truppen Traversflöre an den Fahnen gehabt. Sie trauern um ihre verpuffte Politik, um den verlorenen „Reiter“ Hindenburg, der sich ins Lager der Locarno-Regime stellte, um die verlorenen Ministerposten, um das Kaisergeheimnis erfüllt sein. Und jetzt sind sie die Beschlüsse werden sie kaum lassen. Vorrecht sind sie die Beschlüsse werden sie kaum lassen. Vorrecht sind sie die Beschlüsse werden sie kaum lassen.

Die Entente hat die zugestandenen Erleichterungen noch nicht veröffentlicht. Es soll morgen als Staatsaktion in allen Hauptstädten geschehen. Was bisher über die Zugeständnisse gemeldet wurde, wird aber wohl zutreffen. Denn nach ist eine ganze Reihe von vernünftigen Maßnahmen getroffen worden, die an sich freilich schon längst fällig waren, die im einzelnen auch nichts Außergewöhnliches darstellen, die aber als Symptom eine klare Wendung, eine glatte Umkehr vom Gewaltsystem bedeuten. Das macht sie so wertvoll. Sie sind der Anfang der Befreiung des Westens. Der Weg ist endlich betreten. Es liegt nun ebenso an Deutschland, durch eine vernünftige weitere Politik die Fortsetzung dieses Weges für die Ententemächte zu ermöglichen zu machen. Da durch die Locarno-Verträge die Sicherheit Frankreichs, Belgiens und Deutschlands garantiert wird, kann die Aufrechterhaltung der Besetzung im Westen nicht mehr bis in die Zukunft fortgesetzt werden. Selbst die Stärke der Besetzungen ist nicht in dem Umfang beizubehalten, die der Versailler Vertrag zuläßt. Denn der Völkerbund, in dem Deutschland gleichberechtigt wirken wird, leitet die Sicherheitskontrolle und durch ihn sind weitere und beschleunigte Erleichterungen zu erreichen. Alles durch Verhandlungen und durch Vernunft! Nicht durch elendes nationalistisches Phrasengehassel und Drohungen!

Die Sozialdemokratie erblickt weder im Locarno-Vertrag noch in den durch ihn ermöglichten Erleichterungen die endgültige Lösung der Befriedigungsfrage und der Sicherung einer internationalen Wirtschafts- und Außenpolitik. Dazu muß noch viel mehr geschehen. Und vor allem Positivismus! Aber die Sozialdemokratie muß mit aller Kraft die Tendenzen schützen — und weiter entwickeln! — die in dieser Richtung liegen. Und wenn die politischen Instrumente nur zögernd wirken oder gar versagen, so muß an das ganze schaffende Volk appelliert werden. Es ist höchste Zeit, daß nun endlich einmal die Vernunftpolitik durchgeführt wird!

### Die Erleichterungen

S. London, 14. November. (Eigener Draht.) Der amtliche britische Funkdienst meldet: Die ursprünglich auf den kommenden Montag festgesetzte Zusammenkunft der Völkerverammlung findet bereits am Sonnabend

statt, um so weit wie möglich die Erleichterungen für das Rheinland und die Räumung der Kölner Zone zu beschleunigen. Die Räumung Kölns wird am 1. Dezember beginnen. Man glaubt, daß sie so schnell durchgeführt werden wird, wie die Vorbereitungen für eine geeignete Unterbringung der Truppen und des Abtransportes der Ausrüstungsgegenstände und der Lebensmittelvorräte es zulassen.

### Sofortige amtliche Mitteilung

Paris, 14. November. Die offizielle Note über die Sitzung der Völkerverammlung lautet: Infolge der Mitteilung, die die Völkerverammlung von der deutschen Regierung erhalten hat, trat sie heute nachmittags um 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Im Verlauf dieser Sitzung hat die Konferenz beschlossen, noch heute abend eine Note an die deutsche Regierung zu richten, in der sie die Völkerverammlung bekannt gibt, die die Alliierten im Regime der besetzten Rheinlande einleiten zu lassen gewillt sind. Andererseits hat die Völkerverammlung Kenntnis von den Antworten der deutschen Regierung hinsichtlich der noch freigelegten Entwaffnungsfragen genommen und ist zu der Ansicht gelangt, daß die Mitteilung geeignet ist, nunmehr zu ermöglichen, zur Räumung der Kölner Zone zu schreiten. Die Völkerverammlung hat deshalb beschlossen, den 1. Dezember als den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem die Räumung beginnt wird. Die Völkerverammlung hat dem deutschen Völkerverammlung sofort von ihrem Beschluß Mitteilung gemacht. Sie wird am Montag wieder zusammenkommen, um den Wortlaut der Note festzusetzen, durch den der deutschen Regierung Mitteilung von den heute gefassten Beschlüssen gemacht wird.

### Erste Andeutungen der Beschlüsse

P. Paris, 15. November. (Eigener Draht.) Die Note, die mit der offiziellen Ankündigung der Räumung von Köln die letzten Wünsche der Völkerverammlung, die Bezug auf die definitive Durchführung der Entwaffnungsmaßnahmen enthält, ist am Sonnabend bereits in einer plötzlich anberaumten Sitzung der Völkerverammlung diskutiert worden. Die Mitteilung der von den Alliierten für das Rheinland in Aussicht genommenen Erleichterungen ist dann sofort am Sonnabend abend dem deutschen Völkerverammlung zur Weiterleitung nach Berlin gemacht worden. Ihre Veröffentlichung wird wahrscheinlich am Dienstag, und zwar gleichzeitig in Berlin und den alliierten Hauptstädten erfolgen. Nach den uns vorliegenden Informationen müßte sie folgende Maßnahmen an:

Die Okkupation wird künftig einen rein militärischen Charakter erhalten, d. h. die Besatzungsbehörden haben sich jeder Einmischung in die Verwaltung der besetzten Gebiete zu enthalten. Maßnahmen administrativer Natur sind nur noch zulässig im Rahmen der für die Sicherheit der Truppen unerlässlichen Anordnungen. Die von der Interalliierten Kontrollkommission erlassenen Verordnungen in der Zahl von über 300 werden bis auf einige 30 aufgehoben werden. Die Kreisbehörden der Kommission werden zurückgezogen und die deutschen Lokalbehörden wieder in ihre vollen Rechte eingesetzt. Die Kompetenz der Kriegsgerichte wird auf die Vergehen gegen die Sicherheit der Truppen beschränkt, alle übrigen Straftaten sind den deutschen Gerichten zur Beurteilung zu überweisen. Die Zahl der alliierten Truppen wird nach Tausendheit reduziert, zugleich soll eine wesentliche Erleichterung der Quartierlasten eintreten durch Konzentration der Truppen in den Kasernen und nach Möglichkeit außerhalb der großen Städte. Endlich ist eine gegenseitige Amnestie, von alliiert Seite für die Ausgewiesenen und von Strafen irgendwelcher Art befreiten, von deutscher Seite für die wegen der Beteiligung an separatistischen Unruhen oder im Einverständnis mit den Besatzungstruppen verfolgten Einwohner der besetzten Gebiete vorgesehen.

### Die zugestandenen Maßnahmen

1. Berlin, 16. November. (Eig. Draht.) Die offizielle deutsche Berliner Morgenpost sagt die Rückwirkungen für das besetzte Gebiet, wie sie in Paris die Völkerverammlung beschlossen hat, in folgenden acht Punkten zusammen.
1. Der deutschen Reichsregierung ist die Erneuerung eines Reichskommissars für das besetzte Gebiet in der Person des ehemaligen Reichsgerichts in Madrid, Freiherrn Lantowits von Simmern, anvertraut worden.
2. Es wird eine vollständige Revision der Bestimmungen für das besetzte Gebiet vorgenommen und ihre Zahl wird von 300 auf 30 herabgesetzt.
3. Die Kompetenzen der deutschen Gerichte werden ausgedehnt, die Kompetenz der Kriegsgerichte wird beschränkt auf Vergehen, die ihrer Natur entsprechen. Die deutschen Gerichte werden wieder das Recht haben, über alle anderen Fälle Recht zu sprechen.
4. Die Einmischung der Alliierten in die deutsche Verwaltung beschränkt sich von nun an ausschließlich auf die notwendigen Maßnahmen der Sicherung der Truppen.
5. Das Delegatensystem im Rheinland wird beseitigt.
6. Es werden weitestgehende Amnestie Maßnahmen für alle diejenigen erlassen, die im besetzten Gebiet verfolgt wurden.